Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1911)
Heft: 9-10

Artikel: Religion und Völkerfriede
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-802685

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sitzung vom 30. April 1910 beschlossen hat, dass einzig der 18. Mai als Friedenstag zu betrachten sei.

In Uebereinstimmung mit diesem Beschluss wurde für den alten offiziellen Friedenstag den Gesellschaften keine Resolution zugestellt.

Für die Versammlungen des 18. Mai haben wir die Ehre, Ihnen folgende, von Herrn Felix Moscheles redigierte und vom Internationalen Friedensbureau angenommene Resolution vorzuschlagen:

Wir, die Mitglieder der ..... Friedensgesellschaft, versammelt in ..... am 18. Mai 1911, erklären, dass, indem wir bei den allgemeinen Darlegungen jener Resolutionen verharren, die am Friedenstage zur Annahme gelangten, wir heute auf dem festen Grunde stehen, der für die Sache des Friedens durch die Beistimmung von Männern aller Klassen und Parteien gewonnen wurde.

Bestimmte Vorschläge sind vor kurzem gemacht und in konkreter Form von Meisterhand formuliert worden.

An erster Stelle steht jener vom Präsidenten der Vereinigten Staaten gemachte Vorschlag eines alle Streitfragen umfassenden anglo-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages und jener andere Vorschlag, der die Errichtung eines ständigen internationalen Gerichtshofes zum Zweck hat. Wir wollen uns mit allem Ernste der Förderung dieser und anderer verwandter Pläne widmem.

Besonders wollen wir jede Gelegenheit benutzen, die uns geboten wird, um eine so starke öffentliche Meinung hervorzurufen, dass unter ihrem Druck die Regierungen sich genötigt sehen werden, ihren Delegierten an die dritte Haager Konferenz ein Mandat zu geben, demzufolge sie für die Verminderung der Rüstungen nachdrücklich eintreten können.

Wir richten an alle Regierungen das Ersuchen, geeignete Kommissionen einzusetzen, um die Beschränkung der Rüstungen durch internationale Vereinbarungen herbeizuführen.

Und endlich verpflichten wir uns zum unentwegten Kampfe gegen den Druck der Gewalt und Ungerechtigkeit. Unter der Herrschaft der Gerechtigkeit und des Wohlwollens sollen die Rechte und Pflichten eines jeden Mitgliedes der menschlichen Familie Achtung und Würdigung finden, zum Heil und Segen der ganzen Menschheit.

—o—

Religion und Völkerfriede.

Eine öffentliche Versammlung war von der Deutschen Friedensgesellschaft am 5. April nach den Kammersälen in Berlin einberufen worden, um die Stellung der Religionsgesellschaften und Konfessionen zu den Bestrebungen der Weltfriedensbewegung zu erörtern. Lange vor Beginn der Versammlung war der Saal überfüllt, und auch die Galerien waren bis auf den letzten Platz besetzt. Bald füllte sich auch der anschliessende Nebensaal, zu dem die Türen geöffnet waren, mit Männern und Frauen, die Kopf an Kopf gedrängt standen.

Am Vorstandstische sassen Vertreter der evangelischen Landeskirche, der Heilsarmee, der jüdischen Gemeinde, der bischöflichen Methodistenkirche und des Deutschen Monistenbundes. Es fehlten Vertreter der römisch-katholischen Kirche. Der Vorsitzende, Pastor Franke, gab die Aufklärung über das Fehlen der Katholiken durch die Mitteilung, dass die Friedensgesellschaft sich an fünfzig katholische Geistliche mit der Bitte um aktive Beteiligung an der Versammlung gewandt, aber nur von einem eine Antwort erhalten habe, und zwar eine ablehnende. Von der russischen Friedensgesellschaft in Moskau war ein vom Fürsten Dolguriki unterzeichnetes Schreiben eingegangen, in dem betont wird, dass die Völker der beiden benachbarten grossen Reiche einig seien in dem Streben nach dem Weltfrieden.

Der erste Referent war der evangelische Pfarrer Nithack-Stahn von der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. Er fertigte in geschickter Weise die von verschiedenen Seiten gegen die Friedensbewegung vorgebrachten Einwände ab. Dass der Krieg den christlichen Geboten widerspricht, sei selbstverständlich, es werde aber dieser Widerspruch als unvermeidlich bezeichnet. Demgegenüber müsse er sagen, es sei nicht nur unchristlich, sondern auch unsittlich, an einem solchen Widerspruch achselzuckend vorüberzugehen, ohne ihn aufheben zu wollen. Soweit dürfe sich keine Religion von ihren vitalsten Grundsätzen entfernen, dass sie die Moral der Nächstenliebe, der Humanität herausstreicht aus der christlich beeinflussten Menschheit. Diese Moral gilt nicht nur zwischen den einzelnen, sondern auch zwischen den Völkern. Man sagt: edel sei es, für das Vaterland zu sterben, richtiger wäre es aber zu sagen: edel est es, für das Vaterland leben! (Beifall.) Man lässt zu oft die Dichter vom Kriege reden, und zwar solche, die nicht dabei gewesen sind. (Sehr richtig!) Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg bezeichnete in seiner letzten Rede den Weltfrieden als eine Utopie. Gewiss, es gibt Utopien. Ich halte zum Beispiel den platonischen Philosophenstaat für eine Utopie, nach der ausgerechnet immer der Weiseste und Beste den Staat leitet. (Sehr gut!) Die Friedensidee ist aber keine Utopie, sondern ein berechtigter Optimismus, der uns auf die Weiterentwicklung der Menschheit vom Faustrecht zur Gesittung hoffen lässt. Es ist nicht wahr, dass man für den Krieg rüsten müsse, wenn man den Frieden wolle. Diese Ueberspannung der Rüstungsausgaben kann man nicht Frieden nennen, sondern muss man chronischen Kriegszustand nennen. Warum soll nicht der Haager Schiedsgerichtshof zu einem Völkerparlament auswachsen, das ohne Krieg die Differenzen der einzelnen Völker schlichten könnte? Es sollte schliesslich den Staaten die Unterwerfung unter solche Schiedssprüche zur Pflicht gemacht werden und eine Art Exekutive gegenüber den Widerstrebenden eintreten, die durchaus nicht immer Krieg zu sein braucht. Unseren Diplomaten muss endlich klargemacht werden, dass das Volksempfinden nicht den Krieg will, sondern den Frieden. Der Reichskanzler sagte: Der Völkerfrieden sei unmöglich. Ich antworte mit dem Wort des grossen Engländers Thomas Carlyle: „Alle grossen Dinge sind anfangs unmöglich!“ (Lebhafter Beifall.)

Der zweite Referent, Rabbiner Dr. Warschauer von der jüdischen Gemeinde, wies in eingehenden theologischen Ausführungen unter Berufung auf die Lehren der jüdischen Propheten nach, dass die jüdische Religion immer den allgemeinen Völkerfrieden als das Ideal betrachtet habe.

Dr. Vielhaber, der Vorsitzende der Berliner Ortsgruppe des Deutschen Monistenbundes, legte zunächst mit rücksichtsloser Schärfe den grossen Gegensatz zwischen den christlichen Konfessionen und dem antikonfessionellen Monistenbund dar, der eine Kulturgesellschaft darstelle. Das Christentum habe oft genug den Krieg gefördert. Das Verhältnis der evangelischen Kirche zum Staat sei nicht nur unchristlich, sondern auch kulturwidrig. Bei all diesen tiefen Ge-

gensätzen zum Christentum komme auch der Monistenbund zur Ablehnung der Kriege und zu dem Streben nach dem Weltfrieden.

An die Referate schloss sich eine lebhafte Diskussion, an deren Schluss folgende Resolution angenommen wurde:

„In grosser öffentlicher Versammlung haben heute die Vertreter der verschiedensten Konfessionen und Kulturgesellschaften einmütig ihre Ueberzeugung dahin ausgesprochen ,dass der Krieg den Geboten der Religiosität zuwiderläuft. Es gibt keine (ernst zu nehmende) Religion, die ihren Bekennern nicht die Pflicht der allgemeinen Menschenliebe auferlegte. Deshalb ergeht an die Anhänger aller (heute geltenden) Religionsbekenntnisse der Ruf: Unterstützt um eures Glaubens willen die auf den Weltfrieden abzielenden Bestrebungen der Regierungen und der Völker! (Ein Glaube, der sich dieser Konsequenz entzöge, bestände schlecht die Probe seines sittlichen Gehalts.)“

„Berl. Tageblatt“.

——o——

Rüstungsfrage und Statistik.

Unser verehrter Mitkämpfer Herr Stadtpfarrer O. Umfrid in Stuttgart macht im „Beobachter“, anlässlich einer Polemik gegen Professor Gabod, eine statistische Zusammenstellung, die äusserst interessant ist. Es gibt Menschen, die nur zahlenmässigen Beweisen zugänglich sind, darum geben wir einige der wichtigsten Daten wieder:

In allen Staaten der Welt betrugen im Jahre 1909/10:

1. die Staatseinnahmen	45,121,3	Mill. Mark
die Staatsschulden	177,343,1	„ „
die Rüstungsauslagen	9,507,1	„ „

2. Auf einen europäischen Haushalt von 5 Personen entfallen bei einem Jahreseinkommen von 1350 Mark 225 Mark für Rüstungs- und Staatsschuldenlasten, so dass also fürs Leben der Familie (Wohnung inbegriffen) noch 1125 Mark verbleiben. Dies für Europa, wobei die reichsten Länder wie Holland, Belgien, England, selbstverständlich ein grosses Gewicht in die Wagschale legen.

3. Das versteuerte Einkommen hat sich in Preussen allerdings vom Jahr 1903—1909 um 4510 Millionen gehoben, jährlich um 751 Millionen, im Deutschen Reich jährlich sogar um 1250 Millionen; der Betrag der Rüstungsauslagen beträgt aber auch jährlich 1350 Millionen.

Dass der latente Kriegszustand, in dem wir leben, trotz gegenteiligem Schein, wirtschaftlich deprimierend wirkt, das ergibt sich aus folgender Notiz:

Der Getreidekonsum ist nach der von Kobatsch aufgestellten Tabelle (ganz im Gegensatz zu den von Gabod beigebrachten Zahlen) zurückgegangen. Es standen pro Kopf der Bevölkerung zur Verfügung:

1902/03 158 Meterzentner Roggen und 100 Zentner Weizen,
1908/09 nur noch 141 Meterzentner Roggen und 84 Zentner Weizen.

Der Durchschnittslohn eines Arbeiters beträgt auch heute noch nicht mehr als 948 Mark im Jahr, und dazu die Verteuerung sämtlicher Lebensmittel! Die Preissteigerung, die sich gegenwärtig in allen Kulturländern geltend macht, führt Kobatsch u. a. auf den russisch-japanischen Krieg zurück. Eine Tabelle weist nach, dass fast nach jedem Krieg der letzten Jahrzehnte die Lebensmittel bedeutend verteuert wurden. So sind seinerzeit während des Krimkrieges die Lebensmittelpreise um 8 Prozent gestiegen; die jetzige Steigerung aber beträgt 30—50 Prozent. Für Wien wird das in folgender Tabelle klargemacht:

	1900 Kronen	1909 Kronen	Zunahme
Weizenmehl	8. 76	15. 50	84%
Roggenbrot	—. 20	—. 28	40%
Gemischtes Brot	—. 25	—. 35	40%
Gemüse	—. 28	—. 44	57,1%
Butter	2. 30	3. 80	33,9%
Koks	3. 10	3. 94	27,1%
Kartoffeln	5. 80	7. 88	35,8%

Dass Deutschland speziell keinen Grund hat, sich über andere Staaten zu erheben, geht aus folgenden Zahlen hervor: Die Staatsausgaben haben zugenommen: in den europäischen Staaten von 1883—1908 um 101 Prozent, im Deutschen Reich von 1883—1908 um 244 Prozent.

Es ist wahr, in Frankreich und England wird auf die Rüstungen speziell noch etwas mehr verwendet als in Deutschland; immerhin rangiert das Deutsche Reich unter allen Kulturstaaten schon in 3. Reihe und übertrifft z. B. Russland bei weitem. Es kommen an Rüstungslasten auf den Kopf der Bevölkerung:

in Frankreich	26	Mark
in England	28	„
in Deutschland	21,5	„
in Oesterreich	14	„
in Spanien	7	„
in Italien	10	„
in Nordamerika	13	„
in Russland	10	„

Dass aber durch die Rüstung der Handel und die nationale Wohlfahrt nicht gesteigert wird, das ergibt sich aus folgender Tabelle: Es beträgt pro Kopf

	der Aussenhandel:	der Rüstungsaufwand:
In Holland	1625 Mark	0,89%
„ Belgien	1073 „	0,57%
„ der Schweiz	625 „	1,45%
„ England	542 „	5,16%
„ Norwegen	308 „	3,34%
„ Frankreich	280 „	9,21%
„ Deutschland	245 „	8,79%

Noch schlimmer für Deutschland erscheint das Verhältnis in folgender Darstellung:

Auf 1 Mark Rüstungsauslagen kommt

in Deutschland	ein Handelsgewinn von	11.30	Mark
in Norwegen	„	29.90	„
in Dänemark	„	44.63	„
in Holland	„	126.90	„
in Belgien	„	173.—	„

Oder: Um 1000 Mark Aussenhandel zu „schützen“, braucht man

in Belgien	5.76	Mark
in Holland	7.90	„
in Dänemark	22.40	„
in Norwegen	33.40	„
in Deutschland	87.80	„
in Oesterreich	137.—	„

Man ist gewohnt, sich in Deutschland der Fürsorge für die Arbeiter mit vollen Backen zu rühmen und zu erklären, dass man in der „Lösung der sozialen Frage“ an der Spitze der Zivilisation marschiere. Die statistischen Tatsachen dürften auch in dieser Hinsicht zur Bescheidenheit mahnen. Grossbritannien wendet für Wohlfahrtsausgaben 300 Millionen Fran-